

# Diskussionsverbot für den Stadtrat

Verwaltung: Keine Kompetenz beim Thema Transatlantisches Freihandelsabkommen

Von Markus Michalak

**DÜLMEN.** Die heißeste Debatte löste in der Stadtverordnetenversammlung ausgerechnet ein Thema aus, das die Lokalpolitik kaum inhaltlich beeinflussen kann: Die Grünen hatten beantragt, eine gemeinsame Resolution zu verabschieden, welche die Risiken des Transatlantischen Freihandelsabkommens für die Kommunale Selbstverwaltung abwendet. Bürgermeisterin Lisa Stremlau und Volker Dieminger, Leiter der Zentralen Dienste, hatten ihre liebe Not damit, die Lokalpolitik davon abzuhalten, das Thema auch nur anzudiskutieren. Denn genau dies sei aufgrund der mangelnden Zuständigkeit der Stadt-

verordnetenversammlung unzulässig. Da half es den Grünen auch nicht, dass Klaus Stegemann (Linke) mit der Abwasserreinigung oder den VHS-Sprachkursen zwei Themen ins Feld führte, bei denen die Kommune durchaus in Konkurrenz zu privaten Unternehmern geraten könne. In namentlicher Abstimmung folgte der Rat der Empfehlung der Verwaltung, das Thema von der Tagesordnung zu nehmen.

Wie erwartet boten auch die geplanten Geschwisterbeiträge von 25 Prozent für alle Kindergartenkinder (außer Mehrlingen) noch einmal Anlass zur Diskussion. Die Erste Beigeordnete, Christa Krollzig, reagierte auf Angriffe der SPD. Die hatte

im Hauptausschuss behauptet, dass es in Dülmener Kindergärten künftig viel teurer werde, als in Einrichtungen des Kreises Coesfeld. Allerdings musste SPD-Fraktionsvorsitzender Olaf Schlieff seine Kritik in diesem Punkt zurücknehmen. Er hatte versehentlich die falschen Beitragstabellen miteinander verglichen, wofür er sich entschuldigte. Krollzig hatte eine Tabelle erarbeitet, die zeigt, dass es für besser verdienende Eltern in Dülmen mit dem neuen Beitrag tatsächlich teurer wird als auf Kreisebene, während einkommensschwache Familien besser dastehen. „Der Kreis überlegt, ob er sich unserem Beitragssystem anschließen will“, erklärte Krollzig. Trotz

des Versehens blieb die SPD bei ihrem „Nein“ zu den neuen Beiträgen, da frühkindliche Bildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, die man nicht allein den Eltern überlassen könne. Der Rat stimmte der Einführung der Beiträge mehrheitlich zu.

Auch beim Thema Skatepark in Buldern machte die SPD noch einmal ihren Unmut deutlich. Einsicht in die Verträge zwischen Stadt und Sportverein sei nicht möglich gewesen. Bürgermeisterin Lisa Stremlau erklärte, es handle sich um Musterverträge, die keineswegs der Geheimhaltung unterlägen. Auch der Bau des Skateparks wurde mehrheitlich von den Stadtverordneten beschlossen.